Brandler und Thalheimer aus der KPDSU ausgeschlossen

Die Zentrale Kontrollkommission der KPSU richtete an Brandler und Thalheimer vor Wochen die Aufforderung, die Bedingungen, wie sie vom ZK der KPD an die Gruppe Walcher gerichtet und vom Ekki gebilligt wurden, auch ihrerseits zu beantworten, wenn sie noch weiter Mitglied der KPSU bleiben wollen. Zur Beantwortung der 6 Bedingungen wurde den beiden der Termin des 20. Januar genannt. Bei Ablehnung der genannten Bedingungen oder Nichtbeantwortung des Ultimatums sollte nach Beschluß der ZKK der KPSU **der Ausschluß der beiden aus der russischen Bruderpartei** automatisch eintreten.

Brandler und Thalheimer haben das gestellte Ultimatum mit einem längeren Schreiben beantwortet, dessen entscheidende Stelle lautet:

„Die von Euch vom ZK der KPD übernommenen Bedingungen, denen Ihr Euch anschließt und uns als Bedingung für unsere weitere Mitgliedschaft in der KPSU und der Komintern stellt, beantworten wir, indem wir erklären, daß wir uns vollständig mit der Antwort solidarisieren, die die Genossen Walcher, Frölich, Schreiner, Köhler, Enderle usw. auf dieselben Bedingungen gegeben haben, als sie ihnen unterbreitet wurden.“

Im weiteren Inhalt des Briefes erheben die beiden die bekannten Verleumdungen über den „ultralinken Kurs“, der gegenwärtig in der Komintern gesteuert würde, wenden sich gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des 4. RGJ-Kongresses usw., alles altbekannte Dinge. Mehr für den Humor berechnet als eine ernstzunehmende Antwort dürfte jedoch folgende Neuerscheinung sein:

„Wir stehen heute noch zu den Beschlüssen der ersten drei Weltkongresse, genau wie in den Jahren 1919, 1920 und 1921, als wir mit Lenin zusammen diese für die Kommunistische Internationale grundlegenden Prinzipien ausgearbeitet haben.“

Diese freche Geschichtsklitterung ist schon allerlei. Jeder deutsche Kommunist weiß, daß auf dem 1. Weltkongreß der Vertreter der deutschen Partei nach der Anweisung der damaligen Parteileitung sich gegen die Gründung der Kommunistischen Internationale aussprach, da diese „noch zu verfrüht“ sei. Auf dem 2. Weltkongreß wendete sich der Vertreter unserer Partei (Paul Levi) gleichfalls gegen die Hauptthese dieses Kongresses, die 21 Bedingungen, die Lenin als Voraussetzung zur Zugehörigkeit zur KI aufstellte. Die damaligen Vertreter der Partei haben sich die KI eben anders vorgestellt als die Bolschewiki, nämlich so, wie sie heute noch die Brandler und Thalheimer auffassen. Auf dem 3. Weltkongreß wurden die Hauptthesen gerade **gegen Brandler und Thalheimer, d. h. gegen deren famose Offensiv-Theorie gefaßt.** Also bei all diesen Entscheidungen der drei ersten Weltkongresse wurden die Beschlüsse und die Resolutionen, an denen Lenin hervorragend mitarbeitete, gerade gegen die sonderbaren Auffassungen, die die Brandler und Thalheimer über die wichtigsten Probleme der revolutionären Internationale hatten, gefaßt.

„Als wir mit Lenin zusammen die grundlegenden Prinzipien ausgearbeitet haben!“ Was wäre Lenin ohne Brandler und Thalheimer gewesen? Diese freche Selbstbeweihräucherung kann wohl kaum mehr überboten werden.

Daß die Brandler und Thalheimer nur über die ersten drei Weltkongresse sprechen, daß nachher die Geschichte der Komintern für sie aufhört, ergänzt nur dieses Bild.

Brandler und Thalheimer scheiden mit dem heutigen Tage aus der Kommunistischen Internationale aus. Die beiden Häupter der linkssozialdemokratischen Agentur in der kommunistischen Bewegung sind damit für die Kommunistische Partei erledigt.

Der Textilarbeiterstreik in Kamenz

Nach dem Ausbruch betrieblicher Streiks in der Textilindustrie im Chemnitzer und Leipziger Bezirk brach der Kampf in Neugersdorf aus, faßten die Zittauer Betriebsräte Kampfbeschlüsse und gestern legten in Kamenz etwa 200 Akkordweber die Arbeit nieder, um die Unternehmer zu zwingen, die im Schiedsspruch festgelegten 5 Prozent auch auf die Akkordlöhne zu zahlen. Schon regen sich die Textilarbeiter in Ostritz, Bautzen und anderen Orten Ostsachsens. Die Argumente der Gewerkschaftsbürokratie von der Passivität der Arbeiterschaft werden durch diese Tatsachen treffend widerlegt. Es ist ganz selbstverständlich, daß jetzt, nach den frechen Provokationen der Textilbarone, die den Schiedsspruch in vielen Betrieben sogar zum Anlaß nehmen, um Akkordabzüge zu tätigen, ein energischer und auch erfolgreicher Kampf um die Beseitigung der elenden Schiedssprüche und um höheren Lohn durchgeführt werden könnte. Die Ausreden der Reformisten von der unter den Textilarbeitern herrschenden Weihnachtsstimmung, mit denen im November und Dezember vorigen Jahres jeder Wille zum Kampf unterdrückt wurde, sind jetzt nicht mehr am Platze. **Ueberall wächst die Erbitterung und der Wille zum Kampf,** und die Gewerkschaftsbürokratie hat alle Hände voll zu tun, um zu verhüten, daß der Kampf auf der ganzen Linie entbrennt.

Die am Montag tagende

Streikversammlung der Weber in Kamenz

zeigte ein eigenartiges Bild. Ein Bericht über die Situation wurde merkwürdigerweise überhaupt nicht gegeben. Ein Kollege der Opposition vertrat den Standpunkt, daß die Taktik der Verbandsleitung, den Kampfwillen der Textilarbeiter durch lokale Streiks zu verzetteln, falsch sei. Dadurch bekommen die Unternehmer die Möglichkeit, die Textilarbeiter überall durch geringfügige Zugeständnisse abzuspeisen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß, nachdem die Unternehmer durch ihre Vorstöße den Schiedsspruch faktisch beiseite geschoben und damit die Textilarbeiter tatsächlich zum Streik provoziert haben, der Kampf nunmehr um die ursprünglichen Forderungen geführt werden müsse.

Die Versammlungsleitung trat dieser Auffassung sofort mit allen Mitteln entgegen.

Dieselben SPD-Funktionäre, die sonst die Forderung der Opposition, gegebenenfalls den Kampf auch gegen die Gewerkschaftsleitung zu führen, bekämpfen, spielten sich plötzlich als die starken Leute auf. Der Vertreter der Ortsverwaltung, der sonst jede Lanze für die Gewerkschaftsleitung bricht, erklärte in seinen Ausführungen:

„Wir sind selber stark genug, einen Kampf auch ohne die Verbandsleitung zu führen!“

Diese Erklärung ist natürlich nicht das Produkt seiner Selbsterkenntnis. Auch die SPD-Funktionäre in Kamenz erkannten vielmehr noch rechtzeitig, daß ihnen die Felle fortschwimmen würden, wenn sie, angesichts der Provokationen der Unternehmer und der dadurch ausgelösten und von der Opposition vorwärtsgetriebenen Kampfstimmung unter den Textilarbeitern absolut nichts unternommen hätten.

Sein „radikales“ Bekenntnis wurde aber sofort abgeschwächt durch die Erklärung:

„daß der Streik natürlich nur um die 5 Prozent geführt werden dürfe, die der Schiedsspruch vorsieht. Würde der Kampf um höhere Forderungen geführt, so könnte die Gewerkschaft schadenersatzpflichtig gemacht werden.“

In einem Antrag verlangte die Opposition, daß, falls die Unternehmer jetzt die 5 Prozent zu zahlen bereit wären, der Streik nicht eher abgebrochen wird, bevor die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben die Akkordlöhne im Sinne der Weber festgelegt haben. Ebenso sollten die festgelegten Akkordlöhne durch Aushang in den Betrieben bekanntgemacht werden.

Auch über diesen Antrag, der sogar von SPD-Betriebsräten unterstützt wurde, ließ die Versammlungsleitung gar nicht erst abstimmen. Ohne wesentliche Beschlüsse zu fassen, wurde die vollzählig besuchte Streikversammlung beendet.

Die Situation in Kamenz wird dadurch gekennzeichnet, daß in einzelnen Betrieben die Unternehmer zur Kündigung der noch arbeitenden Lohnarbeiter übergegangen sind.

Ausdehnung des sächsisch-thüringischen Textilkonfliktes

Greiz, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Beschluß des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien als Antwort auf die begonnenen Streiks alle jene Betriebe auszusperren, wurde noch am Sonnabend durchgeführt. Außerdem hat der Reichsunternehmerverband am Montag die Stillegung aller Textilbetriebe von Glauchau und Meerane angeordnet. Am Schluß eines von den Industriellen an die bürgerliche Presse Thüringens und Westsachsens ausgegebenen Kommuniqués heißt es: „Wird keine Einigung erzielt, so wird die Aussperrung im Laufe der Woche auf die gesamte sächsisch-thüringische Webindustrie ausgedehnt.“

Im Laufe des Montag hat auch die Streikbewegung eine weitere Ausdehnung erfahren. In Greiz sind noch mehrere Betriebe in den Ausstand getreten, ebenso in Elsterberg und Reichenbach im Vogtland.

Erfolge der oppositionellen Metallarbeiter in Essen

Essen, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Urabstimmung über das Ortsstatut errang die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 1531 Stimmen gegen das Statut, die Reformisten erhielten 1404 Stimmen für das Statut, obwohl die während des Nordwestkampfes neu geworbenen Mitglieder kein Stimmrecht hatten.

Zum erstenmal seit Jahren ist es der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Essen gelungen, die Mehrheit der Metallarbeiter in der dortigen DMV-Verwaltungsstelle zu erobern. Hier zeigt sich die Auswirkung der richtigen Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch bei den Metallarbeitern.

Vom Tage

Vom Gerüst gestürzt

TU Rheinhausen, 21. Januar. Bei der Errichtung eines Gerüstes im Feinwalzwerk der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte riß beim Anbinden eines Balkens der Strick. Der Balken stürzte in die Tiefe und riß einen Arbeiter mit sich. Der Unglückliche blieb mit zerschmetterten Gliedern auf der Walzbahn liegen und wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Vier Bergleute verschüttet

TU Moers, 21. Januar. Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Zeche Friedrich Heinrich, wo im Revier 17 vier Bergleute durch einen Steinfall aus dem Hangenden verschüttet wurden. Der Bergmann Mölm aus Linsfort, Vater von acht Kindern, konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Zwei weitere Knappen wurden mit schweren Verletzungen dem Krankenhause zugeführt. Der vierte Bergmann liegt noch unter den Steinmassen, und es ist zweifelhaft, ob er lebend befreit werden kann.

Brand des Ungerberg-Gasthauses

Neustadt. In der Nacht zum Sonntag brannte das erst im Vorjahre vollständig erneuerte Gasthaus auf dem Ungerberg nieder. Die Löscharbeiten wurden durch Wassermangel erschwert. Der steinerne Prinz-Georg-Turm und einige Holzbauten blieben verschont. Das für nächsten Sonntag auf dem Unger geplante Wintersportfest soll trotzdem abgehalten werden.

Eine halbe Stadt an Grippe erkrankt

TU Warschau. In Pabjanice bei Lodz sind 20 000 Personen, das heißt etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung, an Grippe erkrankt. Die Arbeit in den Fabriken und Bureaus ist fast völlig lahmgelegt.

10 Schwerverletzte bei einem Autozusammenstoß

TU Paris. Am Sonntag stieß zwischen Cannes und Marseille ein mit 17 Personen besetztes Lastautomobil mit einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Wagen eines Marseiller Rechtsanwalts zusammen. Hierbei wurden der Rechtsanwalt und seine Frau, sowie acht Personen des Lastautos zum Teil lebensgefährlich verletzt.

403 Todesopfer beim Untergang der „Hsin Wah“

TU London. Die Zahl der bei dem Untergang des chinesischen Dampfers „Hsin Wah“ am Hafeneingang von Hongkong Ertrunkenen wird in neueren Berichten mit 403 angegeben. Darunter 30 Frauen und eine Anzahl von Kindern.

Steigerung der Arbeitslosigkeit

Bautzen. Die Arbeitslosigkeit im Bezirke des Arbeitsamtes Bautzen hat, nach Mitteilung der TU, in der ersten Hälfte des Januar erneut eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von 7637 auf 8575 gestiegen.

Erwerbslose KPD-Genossen, RFB-Kameraden. Wichtige Sitzung Mittwoch den 23. Januar 12 Uhr im Parteibureau Columbusstraße 9.

Aus der Partei

Vorbeigelungener Triumph der Liquidatoren in Radeberg

Mit Emphase verkündet das Blättchen der Brandlerleute, Arbeiterpolitik, daß in Radeberg, wie anderswo, „die Abhaltung von Versammlungen mit Ausgeschlossenen als Referenten beschlossen“ wurde. **Es ist aber wie im Leben auch in der „Politik“ der rechten Fraktionsmacher — sie „denken“, und die Mitglieder beschließen anders.**

Schon am Sonnabend trat Walcher in einer Versammlung, von den Rechten organisiert, auf und mußte feststellen, daß sie die Parteiarbeiter falsch einschätzten; denn obgleich Walcher in der Weißen Schleife sich in anderthalbstündigen Ausführungen abmühte, seinen „Menimismus“ an den Mann zu bringen, erreichte er nur ein Verhältnis von 45:30. Aus Dresden, Radeberg, Tharandt, Meißen, Freital waren die Rechten ihre Leute zusammen. Ganze 45 Mann, das ist die richtige Antwort auf die Handlungen der Parteifeinde. Der Genosse Anton Saefkow widerlegte in glänzenden Ausführungen die sozialdemokratischen im kommunistischen Jargon vorgetragenen Argumente Walchers. Ganz besonders an den Erfahrungen im Ruhrkampf und der übrigen Wirtschaftskämpfe wurde vom Genossen Saefkow nachgewiesen, daß die Rechten die SPD in ihrer Politik der Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterbewegung unterstützen. Die durch die empörten Arbeitermassen in die Enge getriebenen Reformisten erhielten von den Rechten die verleumderischen Argumente gegen die Partei. Nachdem noch der Genosse Rentsch mit den Rechten abrechnete, wurde die Diskussion abgeschlossen und Walcher, das muß zum Ausdruck gebracht werden, versuchte durch die Methode seines Auftretens seine politische Linie zu tarnen. Ein Beweis, daß die Herrschaften bereits merken, sobald sie offen vor die Arbeiterschaft treten, werden sie zurückgewiesen.

Am Sonntag versuchte Walcher ein „Glück“ in Radeberg. Der bisherige Parteiter Berthold Eitze hatte mit einigen ihm folgenden Funktionären einen „Beschluß“ gefaßt, eine Mitgliederversammlung mit einem Referat von Walcher anzusetzen. Die Bezirksleitung erhielt von dem Beschluß Kenntnis und berief für Sonnabend eine Mitgliederversammlung ein. Diese Mitgliederversammlung beschloß nach einem Referat eines Bezirksvertreters Eitze aufzufordern, sofort seine Fraktionstätigkeit einzustellen, andernfalls gilt er als ausgeschlossen.

Eitze, der durch ein gedrucktes, gegen die BL gerichtetes Pamphlet die Mitglieder von der Versammlung abzufangen und sie aufzuwiegeln versuchte, in die Walcherversammlung zu kommen, hatte sich verrechnet. Am Sonntag kommentierte Eitze in seiner Einleitung noch sein Pamphlet und erklärte in längeren Ausführungen, daß die anderen Funktionäre so wenig intelligent seien, daß ohne ihn die Partei in Radeberg nur blamiert würde. Unsere Genossen blieben Eitze aber nichts schuldig und erklärten ihm, daß seine Methode, die Genossen zu düpieren, nicht verfangen werde. Walcher und die von ihm mitgebrachten Melcher, Schreiter und Schwarzenberg waren gezwungen, anzusehen, daß ihr Fraktionsmännlein Eitze sie belogen hat, wenn er vorgab, die Mitglieder stünden „hinter ihm“. Die Genossen Rädel und Hoop setzten den Mitgliedern auseinander, daß die Partei mit jedem politischen Gegner vor den Arbeitern diskutiert. Aber eine Partei, die es zuläßt, daß Ausgeschlossene in der Organisation auftreten, ist keine revolutionäre Partei. Nach zweistündiger Geschäftsordnungsdebatte mußte Herr Bürgermeister Schreiter betreten feststellen, daß die Mitglieder auf seine und seiner Freunde Anwesenheit verzichteten. Melcher versuchte sich immer wieder anzubiedern. Wie er das Vergebliche seines Bemühens erkannte, tobte er wie ein tobender Spießer in den unflätigsten persönlichen Ausfällen. Anschließend sprach der Genosse Rädel über die innerparteiliche Lage und wies an Hand der eigenen Erfahrungen der Mitgliedschaft den völligen politischen Bankrott dieser „Führer“ um Walcher und Brandler nach. Die heutigen „Vorschläge“ der Rechten sind ein Neuaufguß der Politik von 1923. Systematisch wird die Partei verleumdet. Die Reformisten haben eine neue Rüstkammer für ihre Antibolschewistenhelden. Die Partei gestattet jedem Genossen, seinen Standpunkt zu vertreten. Die Partei duldet aber nicht, daß durch die Fraktionsarbeit der Rechten ihre Arbeiten gelähmt werden. Das Auftreten der Mitglieder gegen die Eitzesche Arroganz sei ein erfreuliches Zeichen der klaren politischen Urteilsfähigkeit der Mitglieder.

In der Diskussion traten die Genossen auf und wiesen nach, wie Eitze die Mitglieder hinters Licht zu führen versuche. **Selbstherrlich, wie die SPD-Bureaukratie, wurden ihm unbequeme Genossen einfach aus der Partei gestrichen.**

Sein Auftreten heute beweist, daß Eitze sich dem Beschluß der Mitgliederversammlung nicht fügt und er müsse als ausgeschlossen gelten. Besonders hervorzuheben ist aber, wie die Genossen ihre Arbeiten in den Betrieben schilderten. Dabei trat in Erscheinung, daß die Genossen, die von Eitze als unfähig die Linie zu begreifen hingestellt wurden, sehr gut ihre in der Praxis geübte richtige, den Partei- und Kominternbeschlüssen entsprechende Linie herausarbeiteten. Die 32 anwesenden Mitglieder widerlegten die demagogische Selbstbeweihräucherung Eitzes glänzend. Walcher ordnete eine Fraktionssitzung an, zu der 12 Genossen mitgingen. **Die Radeberger Mitgliedschaft hat den Ernst unserer Aufgaben erfaßt, sie wird alle Kraft in den Dienst der Partei stellen, sie wird ohne und gegen Eitze in der Lage sein, das Vertrauen der Radeberger Arbeiterschaft zu erobern.**

Gebrüder Eitze, Radeberg, ausgeschlossen

Berthold und Max Eitze, Radeberg, sind durch Beschluß der Mitgliederversammlung Radeberg vom 19. Januar 1929 und durch Beschluß der BL aus der Partei ausgeschlossen.

Bezirksleitung der KPD Ostsachsen
Sekretariat

Die erweiterte UB-Leitung Freital für die Beschlüsse der Partei

Am Montag, dem 21. Januar sprach der Genosse Siegfried Rädel in der erweiterten UB-Leitungssitzung über die innerparteiliche Lage in Verbindung mit den Beschlüssen der Voll-BL zu der politischen Haltung des Genossen Willy Schneider. **Mit 11 gegen 4 Stimmen wurde von der erweiterten UB-Leitungssitzung der Beschluß der Voll-BL in der Angelegenheit Schneider gutgeheißen.** Die Hoffnung der Rechten, in der Unterbezirksleitung Freital eine nennenswerte Stütze zu erhalten, hat sich durch diese Abstimmung zerschlagen. Die UB-Leitung beschloß, die Bezirksleitung aufzufordern, ein Mitglied der BL mit der Unterstützung der Arbeit im UB zu beauftragen.

Gelandet!

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Vorwärts teilt mit, daß der Redakteur des Urbahnsblattes Volkswille, Bartel, zur SPD übergetreten ist. Er hat seine Rückkehr zur SPD in einem längeren Schreiben an die Reichsleitung des Lenin-Bundes damit begründet, die Eroberung der Komintern durch den Lenin-Bund habe sich als Utopie herausgestellt.

Das ist der Weg aller Renegaten. Die KPD geht trotzdem siegreich ihren Weg.

Achtung, Erwerbslose!

Der Kreisausschuß der Erwerbslosen Ostsachsens beruft hiermit für Sonnabend, 26. Januar, um 16 Uhr nach dem Restaurant „Bürgerkasino“ in Dresden, Große Brüdergasse, eine

Konferenz

aller Erwerbslosen Ostsachsens ein.

Die Tagesordnung wird auf der Konferenz bekanntgegeben.

Die Delegierten zu dieser Konferenz müssen in öffentlichen Erwerbslosen-Versammlungen gewählt werden. Als Delegationsmodus kommt in Frage: bis 100 Erwerbslose ein Delegierter, bis 300 Erwerbslose zwei Delegierte, und auf je weitere 500 Erwerbslose ein Delegierter.

Die Delegationskosten müssen von den Erwerbslosen selbst getragen werden. Sämtliche Ausschüsse, die bis jetzt ihre Adresse noch nicht gemeldet haben, müssen dieselbe sofort an den Kreisausschuß einsenden. Ebenso müssen die gewählten Delegierten bis zum 25. Januar ihre Teilnahme an den Kreisausschuß melden.

Kreisausschuß der Erwerbslosen Ostsachsens:
J. A.: Rudolf Reichelt,
Dresden-A. 21, Glashütter Straße 100.